

Unser Leben muss bezahlbar bleiben!

Das **Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit** ruft auf:
Mahnwache am 22. November 17.00, Marktplatz Rüsselsheim

Mit Kurzbeiträgen u.a. von:
**Bernd Schiffler (DGB Rüsselsheim), ver.di Stadt Rüsselsheim,
Horst Gobrecht (ver.di - Handel), Pfr. Andreas Jung (Ev. Martinsgemeinde)
Ingrid Reidt (Kath. Betriebsseelsorge Südhessen)**

In diesem Herbst treffen uns die steigenden Preise mit voller Wucht. Die Inflation erreicht 10% und viele spüren die explodierenden Gas- und Stromkosten sowie die stark steigenden Nahrungsmittelpreise bereits täglich im Geldbeutel. Für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, für Rentner*innen, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose, ist das tägliche Leben jetzt schon kaum bezahlbar.

Deshalb brauchen wir:

- Eine Energiepreisbremse rückwirkend zum 1. November.
- Ein Kündigungsverbot für Wohnungen sowie die Gas- und Stromversorgung. Die GEWOBA Rüsselsheim muss dies umgehend erklären.
- Eine sofortige ausreichende personelle Ausstattung von Stadt- und Kreisverwaltung sowie Jobcenter, die sicherstellt, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Hilfsansprüche umgehend geltend machen können.
- Einkommenszuwächse, die die Inflation ausgleichen. Anhebung von Mindestlohn und Bürgergeld entsprechend der Inflationsrate.
- Unterstützung der Gewerkschaften in den kommenden Tarifrunden.
- Eine Umkehr der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich durch die Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne und angemessene Besteuerung hoher Einkommen und großer Erbschaften.
- Die Abschaffung der Schuldenbremse in Bund und Land.

Für eine solidarische Gesellschaft

Unser Protest ist getragen von der Überzeugung, dass wir unsere Ziele nur gemeinsam und solidarisch erreichen. Wir werden uns nicht aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Behinderung spalten lassen und wenden uns gegen jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder aggressiven Nationalismus. Wir fordern den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Kampf gegen die Klimakrise, eine solidarische nicht auf Wettbewerb fußende Gesellschaft und Frieden für die Ukraine.

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit ist ein offener Zusammenschluss von Akteur*innen aus Gewerkschaften, Kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen. Der Zuspitzung der sozialen Krise in unserer Gesellschaft halten wir unsere Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entgegen. Die Proteste der vergangenen Wochen zeigen bereits Wirkung. Allerdings reichen die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen vor allem für Menschen mit einem geringen Einkommen nicht aus. Deshalb erheben wir weiter unsere Stimme für eine solidarische Gesellschaft

V.i.S. d. P.: Bündnis für soziale Gerechtigkeit, c/o, Weisenauer Str.31, 65428 Rüsselsheim:
Michaela Stasche (ver.di Stadt Rüsselsheim), Bernd Heyl (GEW) 06152/1877471, Hans-Peter Greiner (KAB) 06142/46798 Ingrid Reidt (Kath. Betriebsseelsorge) 06142/64104